

Parlament bremst beim E-Voting

Ständerat Erstmals hat ein Vorstoss zur Verlangsamung des Testbetriebs von E-Voting eine Mehrheit gefunden: Die Staatspolitische Kommission des Ständerats hat am Donnerstag einer parlamentarischen Initiative des Luzerner FDP-Vertreterers Damian Müller mit 7 zu 4 zugestimmt. Der Vorstoss verlangt engere Leitplanken: Unter anderem sollen im Testbetrieb maximal 30 Prozent der Bürger elektronisch abstimmen dürfen statt wie heute 50 Prozent. Den Kantonen soll der Bund zudem vorschreiben, dass sie die Ergebnisse mit statistischen Tests auf Auffälligkeiten untersuchen. Weiter sollen in der Schweiz mindestens zwei verschiedene E-Voting-Systeme im Einsatz stehen.

Müller macht Sicherheitsbedenken gegen E-Voting geltend, will die technologische Entwicklung aber nicht abwürgen. «Zwischen naivem Zukunftsoptimismus und blinder Ablehnung gibt es einen realistischen Mittelweg», sagt Müller. «In der Testphase muss E-Voting beschränkt sein. Es ist heute zu früh für eine Überführung in den ordentlichen Betrieb.» Der FDP-Ständerat will mit seinem Vorstoss verhindern, dass eine angedrohte Volksinitiative zum Verbot von E-Voting lanciert wird. (ffe)